



Stellungnahme der FDP

1.) zu unserem Schießsport allgemein

Sport ist ein äußerst liberaler Baustein der Bürgergesellschaft: er stärkt freiheitliche Eigeninitiative, Innovationsfreude, Risikobereitschaft und Fairness. Gerade im Breitensport sind diese Elemente besonders gefordert. Außerdem stärkt gerade der Breitensport das Gemeinwohl auf vielfältige Weise: im Rahmen der Sportselbstverwaltung übernehmen mündige Staatsbürger Verantwortung für sich und andere. Außerdem ist Sport ein wichtiges Wirkungsfeld im Erziehungs- und Bildungsprozess, insbesondere in der Vermittlung sozialer Werte und bei der Integration. Daher verdient der Sport besondere Wertschätzung im gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Wir wollen deshalb dem ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen im Land, die sich vor allem im Breitensport einsetzen, besondere Wertschätzung entgegenbringen und Unterstützung bieten. Dies gilt uneingeschränkt auch für den Schießsport, obwohl dieser medial eher als Randsportart wahrgenommen wird.

Der FDP ist bewusst, dass die Sportschützen in der Sportstatistik aufgrund der Mitgliederzahl ihrer Verbände ganz weit vorne rangieren. Sie betreiben Breitensport im besten Sinne: allein in Baden-Württemberg haben die Landesverbände des Deutschen Schützen Bundes bekanntlich mehr als 160.000 Mitglieder.

2.) zum Waffenrecht

Grundsätzlich sind wir Liberale der Auffassung, dass die geschätzten 20 Millionen illegalen Waffen ein größeres Gefahrenpotenzial in sich bergen als die ca. 10 Millionen legalen Waffen in Deutschland. Nach Auskunft der Bundesregierung stammen lediglich 2 bis 3 Prozent aller bei Schusswaffenkriminalität eingesetzten Waffen aus legalem Besitz. Eine weitere Verschärfung des Waffengesetzes führt unserer Ansicht nach daher nicht zu zusätzlichem Schutz vor weiteren Amokläufen oder sonstigen schweren Gewalttaten. Die Ursachen für solch schreckliche Taten wie z.B. in Winnenden und Wendlingen sind vielschichtig und lassen sich allein durch Nachbesserungen in der Gesetzgebung nicht zufriedenstellend bekämpfen. Die Antwort auf zunehmende Gewaltkriminalität, die der Rechtsstaat geben muss, muss weit über eine waffenrechtliche Problemstellung hinausgehen. Sie hat sowohl mit dem kausalen und auch temporären Zusammenhang von Straftat und Strafe, vor allem aber auch mit dem umfassenden Feld der Kriminalprävention zu tun. Die letzte Waffenrechtsverschärfung im Sommer 2009 wurde deshalb GEGEN die Stimmen der FDP im Bundestag beschlossen.

Maßgeblich auf Betreiben der FDP wurde das baden-württembergische Innenministerium durch den Landtags-Sonderausschuss zu Winnenden beauftragt, bis Juni 2011 eine umfassende Evaluation der Anwendung des Waffenrechts durchzuführen und dem Landtag von Baden-Württemberg nach erfolgter Auswertung über die gewonnenen Erkenntnisse insbesondere zur Umsetzung der mit dem Waffengesetz eingeführten Aufbewahrungskontrollen zu berichten. Nur so ist es möglich, gemeinsam mit den Schützen- und Jagdverbänden einen wirksamen Vollzug des Waffenrechts zu gewährleisten und eine sorgsame Abwägung zwischen den Rechten und Pflichten der Waffenbesitzer zu garantieren.

3.) zur Funktion unserer Vereine in den Kommunen

Die Schützenvereine blicken in vielen Regionen unseres Landes auf eine demokratische Tradition zurück, die in der bürgerlichen Revolution von 1848/49 eindrucksvoll bekräftigt wurde. Ihre Bedeutung für die kulturelle Entwicklung, für die Brauchtumpflege und für das örtliche Geschehen ist auch heute sehr groß. Da man für die Ausübung des Schießsports neben einer ruhigen Hand viel innere Ruhe braucht, leisten Schützinnen und Schützen wichtige Beiträge zu einem guten Miteinander in der Kommune, die von Freiheitsbekenntnis und Verantwortungsbereitschaft geprägt sind. Gerade für junge Menschen kann der Schießsport eine wertvolle Hilfe sein, weil er ein hohes Maß an Konzentration erfordert. Das Wissen um die Wirkung von Waffen kann einen verantwortlichen Umgang nicht nur mit dem Sportgerät, sondern auch mit den Mitmenschen fördern.

4.) zu den Gebühren für die verdachtsunabhängigen Kontrollen, die ohne Beanstandung verlaufen.

Hinsichtlich der Gebührenpflicht der Aufbewahrungskontrollen nach §36 Abs. 3 WaffG hat sich die FDP als erste Partei im baden-württembergischen Landtag eindeutig positioniert: Wir halten Gebühren für unangemeldete, anlassunabhängige Kontrollen für rechtstaatlich bedenklich. Wir halten die Kontrollen grundsätzlich für gebührenfähig, wenn der Waffenbesitzer seine Bringschuld der sicheren Aufbewahrung, die es seit der Waffengesetznovelle im Sommer 2009 gibt, nicht erfüllt und die Waffenbehörde vor Ort nachkontrollieren muss sowie im Falle von Beanstandungen. Die Gebührenhoheit liegt in Baden-Württemberg jedoch allein bei den Kommunen. Das Land kann hier aufgrund des Landesgebührengesetzes keine Rahmenregelungen erlassen, ohne das Prinzip der Verwaltungsreform (kommunale Selbständigkeit / Konnexität) anzutasten. Die Schützen- und Jägerorganisationen vor Ort sollten auf eine angemessene Gebührenstruktur in Ihrer Kommune hinwirken.